



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Open Data Portal für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen einen schriftlichen und mündlichen Bericht über den aktuellen Sachstand bezüglich eines Open Data Portals für Bayern vorzulegen.

Dabei soll es insbesondere um folgende Fragen gehen:

- 1.1. Auf welchem Stand ist die Etablierung eines umfangreichen bayerischen Open Data Portals?
- 1.2. Wie hoch veranschlagt die Staatsregierung die Kosten für die Schaffung eines umfangreichen Open Data Portals?
- 1.3. Welche Forschungsprojekte zur Verwendung von Open Data werden in Bayern staatlich gefördert?
- 2.1. Von welchem volkswirtschaftlichen Nutzen geht die Staatsregierung durch die Verfügbarmachung staatlich generierter Daten für die bayerische Wirtschaft aus?
- 2.2. Aus welchen Gründen werden die staatlichen Daten Bayerns, die über einfache Geoinformationsdaten hinausgehen, immer noch nicht an einer zentralen Stelle frei verfügbar gemacht, wie es

beispielsweise Hamburg, Berlin oder Nordrhein-Westfalen bereits betreiben?

- 2.3. Welche Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung, um die EU-Richtlinie 2013/37/EU vom 26.06.2013 baldmöglichst umzusetzen?
- 3.1. Zu welchem Zeitpunkt rechnet die Staatsregierung damit, die staatlichen Daten durch eine zentrale Schnittstelle verfügbar zu machen?
- 3.2. Was steht einer umfangreichen Bereitstellung im Weg?
- 3.3. Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte die Staatsregierung sicherstellen, dass alle Kommunen sich an dem Aufbau eines Open Data Portals beteiligen?
- 4.1. Hat die Staatsregierung durch die Bayerische Vertretung in Brüssel Kenntnis darüber, welche EU-Staaten die EU-Richtlinie 2013/37/EU bereits umfassender als Bayern umgesetzt haben?
- 4.2. Hat die Staatsregierung durch die Bayerische Vertretung in Brüssel Kenntnis darüber, welche Maßnahmen die EU-Kommission gegen die Staaten, die die Richtlinie noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben, ergriffen hat?
- 4.3. Hat die Staatsregierung durch die Bayerische Vertretung in Brüssel Kenntnis darüber, ob solche Maßnahmen auch gegen Deutschland angewendet wurden?
- 5.1. Welche digitalen Dialogmöglichkeiten stehen den bayerischen Bürgerinnen und Bürger bereits heute zur Verfügung?
- 5.2. Welche Dialogmöglichkeiten sollen mit der Einführung einer Open Government Plattform ermöglicht werden?

* Änderung bei den Antragstellern